

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

06.10.2021

Inhalt

EWN

1 Europa droht ein Machtkampf um die Atomkraft <i>DIE WELT, 06.10.2021</i>	3
2 Wohin mit dem radioaktiven Müll? <i>Niederösterreichische Nachrichten, 06.10.2021</i>	5
3 Atommüll-Endlager bei Borkum – was der Gutachter zu dem Szenario sagt <i>NWZ online (Nordwest-Zeitung), 05.10.2021</i>	6

Europa droht ein Machtkampf um die Atomkraft

Hilft Kernkraft, den Klimawandel zu bekämpfen? Die Frage spaltet die Europäische Union. Es geht um viel Geld - auch für Deutschland

Brüssel. Eigentlich ging es bei dem Treffen um internationale Steuern und Europas Schuldenregeln. Aber Bruno Le Maire wollte über Atomkraft sprechen. "Atomkraft ist nötig, um den Klimawandel zu bekämpfen", sagte der französische Superminister für Wirtschaft und Finanzen im September am Rande des Finanzminister-Treffens im slowenischen Brdo.

"Entweder bekämpfen wir den Klimawandel ideologisch verblendet. Dann werden wir scheitern", sagte der Politiker, dem Pläne nachgesagt werden, bei der übernächsten Präsidentschaftswahl in Frankreich zu kandidieren. "Oder wir bekämpfen den Klimawandel auf wissenschaftlicher Grundlage. Dann werden wir Erfolg haben. Das bedeutet aber auch, dass wir anerkennen, wie nützlich die Atomkraft im Kampf gegen den Klimawandel ist."

Le Maire nutzte die Gelegenheit, schon einmal Pflöcke einzuschlagen, bevor eines der großen europäischen Streitthemen des Herbstes an Fahrt aufnimmt. Ist Atomkraft im Kampf gegen den Klimawandel eine nachhaltige Option? Darüber will die EU in den kommenden Wochen entscheiden. Für die Atomindustrie - allen voran die französische - entscheidet diese Festlegung über die wirtschaftliche Zukunft.

Die neuen Regeln sind Teil der sogenannten Taxonomie, einer Art grüne Bibel, die festlegen soll, welche wirtschaftlichen Aktivitäten aus Klimagesichtspunkten nachhaltig sind. Damit werden die neuen Vorschriften maßgeblich beeinflussen, wohin Milliarden von Anlegergeldern fließen werden und wie leicht Unternehmen und Staaten Atomkraftwerke, Wiederaufbereitung, Endlager und die Infrastruktur rund um die Atomkraft finanzieren können.

Kein Wunder, dass Frankreich sich in Brüssel vehement für die Atomkraft einsetzt. Nicht nur, dass die Stromversorgung des Landes weitgehend an der Kernspaltung hängt; der Staat hält auch mehr als 80 Prozent am hoch verschuldeten Atomkraftwerksbetreiber

EDF. Andere Staaten hingegen lehnen die Atomkraft entschieden ab - und zwar auch bei den Nachbarn. Das sind die Fraktionen in Europas nuklearem Machtkampf:

Die strikten Atomgegner

Deutschland, wo der Widerstand gegen die Atomkraft in der Bevölkerung tief verwurzelt ist, gehört zu den entschiedenen Atomgegnern auf EU-Ebene. Nicht nur, dass Deutschland aus der Atomkraft aussteigt und in den kommenden Monaten die letzten verbliebenen AKWs abschaltet. Die bisherige Bundesregierung kämpft auch auf internationaler Ebene für ein Ende der Atomkraft.

Auf europäischer Ebene beispielsweise hat Bundesumweltministerin Svenja Schulze gefordert, der Atomkraft keinesfalls das Gütesiegel "nachhaltig" zu verleihen. "Kernenergie ist eine Hochrisikotechnologie - Windkraft aber nicht. Dieser grundlegende Unterschied muss berücksichtigt werden", heißt es in einem Brief von Ministern aus fünf EU-Ländern an die EU-Kommission.

Die EU-Kommission ist denn auch in einer Zwickmühle: Ihre wissenschaftlichen Berater haben festgestellt, dass Kernkraft nachhaltig ist und keine großen Schäden anrichtet. Auf dieser Basis müsste die Behörde der Atomkraft das Okay geben. Damit würde sie allerdings Deutschland dämpfen. Es sei denn, die nächste Bundesregierung positioniert sich weniger vehement gegen die Atomkraft in anderen Ländern.

Die FDP etwa glaubt, dass neue Technologien Atomstrom ohne verstrahlte Abfälle möglich machen könnten. Eine Position, die noch eine Rolle bei den Sondierungen zwischen Grünen und Liberalen spielen wird. Ein Blick auf die übrigen Unterzeichner zeigt bereits, welche Länder auf EU-Ebene ebenfalls zur Anti-Atomfraktion gehören. Der wahrscheinlich engagierteste Mitstreiter ist Österreich. Und das nicht erst, seit die

Grünen dort mitregieren.

Österreich gehört seit Jahren zu den Ländern, die sich auf europäischer Ebene besonders vehement gegen Atomkraft einsetzen. Energiepolitisch fällt das Wien leicht, weil das Land rund 60 Prozent seines Stroms aus Wasserkraft gewinnt. Auch Luxemburg, Dänemark und Spanien gehören zu den EU-Atomkraftgegnern.

Die Ausbauer

Ihnen gegenüber steht eine Gruppe von Ländern, die bereits Atomkraftwerke betreibt und teilweise sogar Neubauten planen. Frankreich ist der einflussreichste Vertreter dieser Gruppe. Dazu gehören aber auch Tschechien, Ungarn und die Slowakei.

Auch in Rumänien und Bulgarien gibt es Pläne für neue Atomkraftwerke. In Finnland wird sogar bereits an einem konkreten Neubauprojekt gearbeitet. Der Tenor dieser Regierungen: Um von der dreckigen Kohle und dem weniger dreckigen Erdgas als Energiequellen wegzukommen, genügen erneuerbare Energien nicht. Die CO₂-freie Kernkraft ist ebenfalls nötig.

Der Neueinsteiger

Seit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihren Green Deal angekündigt hat und die EU-Länder sich auf neue schärfere Klimaziele geeinigt haben, hat in vielen Mitgliedsländern energiepolitisch ein Umdenken eingesetzt. Auch in Polen: Das Land will wegen des Klimaschutzes überhaupt erst in die Atomkraft einsteigen. Deutschlands östlicher Nachbar glaubt, die große energiepolitische Kraftanstrengung anders nicht bewältigen zu können.

Ende vergangenen Jahres erzeugte das Land 70 Prozent seines Strombedarfs in Kohlekraftwerken. Wenn das Land die ambitionierten EU-Klimaziele erreichen will, muss es in den nächsten Jahren von der klimaschädlichen Kohle loskommen. Warschau glaubt, dass diese Umstellung nur mit dem Einstieg in die Kernkraft funktioniert. Zwar sollen bis Ende des Jahrzehnts rund ein Viertel des Stroms aus Erneuerbaren kommen. Aber das wird für die Energiewende nicht genügen. Bis 2030 beabsichtigt das Land deshalb in die Kernkraft einzusteigen - und dürfte in Brüssel für die Kernkraft trommeln.



📰 Niederösterreichische Nachrichten | 06.10.2021 | S. 49

📄 Auflage: 98.095 | Reichweite: 462.000

👤 Verena Huber

Wohin mit dem radioaktiven Müll?

Zwischenlager In Seibersdorf wird der Abfall gelagert. 2045 soll er in ein Endlager überführt werden.

Da in Österreich nie ein Atomkraftwerk in Betrieb genommen wurde, fallen keine starkradioaktiven Stoffe an. Schwach- und mittelradioaktive Abfälle entstehen aber hierzulande dennoch. Und zwar in der Medizin, Industrie und Forschung. Rund 300 Tonnen Rohabfälle gehen pro Jahr hervor. Gesammelt und gelagert werden diese in Seibersdorf (Bezirk Baden).

Im Zwischenlager der Nuclear Engineering Seibersdorf (NES) GmbH wird der strahlende Abfall in eine chemisch und physikalisch stabile Form gebracht. Danach wird er dicht in 200-Liter-Fässer eingeschlossen. „Dadurch sind die Abfälle sicher und längerfristig lagerfähig“, erklärt der NES-Geschäftsführer Roman Beyer knecht. Die gelben Fässer wurden früher stehend, dicht an dicht gestapelt im Lager untergebracht.

Seit der laufenden Modernisierung ab 2009 liegen sie horizontal auf einem eigens dafür entwickelten Regal system. Zwischen den Regalzeilen sind Gänge. So könne jedes einzelne Fass jederzeit inspiziert und kontrolliert werden, sagt Beyer knecht. Gemacht werde das alle ein bis fünf Jahre. Vorher sei es nur sehr einge-

schränkt und mit großem Aufwand möglich gewesen, meint er weiter. Zudem sind heute die Lagerhallen klimatisiert. Um das Risiko einer Korrosion zu senken, werde eine Mindesttemperatur von zehn Grad Celsius und maximal 60 Prozent Luftfeuchtigkeit eingehalten.

So stehen die Fässer bereit für eine Überführung in ein Endlager, das es noch nicht gibt.

Das ungelöste Problem der Endlagerung

„Während diese Zwischenlagerung in Österreich sicher und streng geregelt ist, wurde es in der Vergangenheit verabsäumt, die Frage der Endlagerung zu lösen“, heißt es seitens des Klimaschutzministeriums. Die Endlagerung des Atommülls habe aber oberste Priorität. Daher wurde am 10. März ein 21-köpfiger Entsorgungsbeirat einberufen. Er bestehe aus Wissenschaftlern sowie Vertretern aus der Zivilgesellschaft, NGOs, Bund und Länder. Sie würden laufend Entsorgungsoptionen evaluieren und einen Zeitplan sowie Meilensteine definieren. Das übergeordnete Vorhaben sei jedenfalls klar: „Ziel ist es, die radioaktiven Abfälle 2045 in ein Endlager zu überführen.“



📰 NWZ online (Nordwest-Zeitung) | 05.10.2021

🔗 WEBLINK

Atommüll-Endlager bei Borkum – was der Gutachter zu dem Szenario sagt

In 300 Metern Tiefe soll sich das künftige Endlager für hoch radioaktiven Abfall befinden. Eine Million Jahre soll die Lagerung gesichert sein. Wäre das im Landkreis Leer möglich? Jetzt kam ein Gutachter zu Wort.

Landkreis Leer. Hoch radioaktiver Abfall unter Borkum? Wohl ein Horrorszenario für Insulaner, Besucher und Nachbarn gleichermaßen. Denn wer möchte schon 27 000 Kubikmeter Atommüll, verpackt in rund 1900 Spezialfässern in seiner unmittelbaren Nähe haben? Selbst wenn der Abfall gut versiegelt in 300 Metern Tiefe deponiert wird. Doch der Wille allein dafür oder dagegen ist bei der Endlagersuche für die radioaktiven Abfälle des Landes nicht entscheidend. Vielmehr sind es die geologischen Gegebenheiten, die über mögliche unterirdische Lagerstätten entscheiden. 2017 wurde mit der Suche begonnen, mittlerweile gibt es deutschlandweit 90 potenzielle Teilgebiete, die im Rennen sind und weiter untersucht werden sollen. Analyse

Dass der Landkreis Leer dieses auf keinen Fall gewinnen möchte, ist seit langem klar. Doch wie stehen die Chancen, dass die Region aus dem Reigen potenzieller Gebiete gestrichen wird? Eine konkrete Antwort auf diese Frage konnte Dr. Saleem Chaudry, Gutachter mit umfangreichen geologischen und geochemischen Kenntnissen vom Öko-Institut in Freiburg im zuständigen Kreis-Umweltausschuss jetzt zwar nicht geben. Doch seinen Ausführungen ließ sich entnehmen, dass aus seiner Sicht Chancen bestehen, kein Endlagerplatz zu werden.

Chaudry war von der Kreisverwaltung beauftragt worden, die erste Bewertung der Bundesgesellschaft für

Endlagerung (BGE) für potenzielle Halden im Landkreis zu prüfen. Dabei nahm er allerdings nur drei der möglichen vier Standorte ins Visier. Denn ein Gebiet umfasst quasi Norddeutschland – zu groß für eine Analyse. Anders sieht es mit zwei weiteren Arealen unter dem Landkreis Leer aus, in deren Untergrund sich Tongestein befindet. Doch hier kam der Experte zu dem Schluss, dass die Areale wahrscheinlich nicht groß genug für ein Endlager sind.

Salzstock

Und Nummer vier der potenziellen Standorte? Das wäre der Salzstock im Norden Borkums? Hier untermauern laut Chaudry Bohrungen die Annahme, dass ein Scheitelgraben über dem Salzstock liegt – und der wäre als Deckel über dem Endlager nicht geeignet. Zudem habe eine Bohrung in der Ostflanke des Salzstocks ergeben, dass sich dort kein geeignetes Steinsalz, sondern im wesentlichen Kalisalz befindet, also eine Mischung aus verschiedenen Salzmineralien – und das sei für ein Endlager nicht geeignet. Bislang sei die Bohrung von der BGE nicht berücksichtigt worden.

Vorerst bleibt abzuwarten, was die weiteren Untersuchungen der BGE ergeben. Nach einer übertägigen Erkundung sollen später untertägige erfolgen. Ob der Landkreis Leer dabei noch berücksichtigt oder schon vorher als Standort aussortiert wird, bleibt abzuwarten.